



Landratsamt Fürth
Amtsperiode 2020/2026

Niederschrift über die öffentliche 31. Sitzung des Bauausschusses

Sitzungsdatum: Dienstag, 24.06.2025
Beginn: 08:30 Uhr
Ende: 10:37 Uhr
Ort: Landratsamt Fürth, Im Pinderpark 2,
Besprechungszimmer 0.36

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzender

Landrat Obst, Bernd

Ausschussmitglieder

Kreisrätin Eder, Elke Vertretung für Herrn Werner Tiefel
Kreisrat Eder, Leonhard, 1. Bürgermeister
Kreisrat Emmert, Uwe, 1. Bürgermeister
Kreisrat Gegner, Rainer, 1. Bürgermeister
Kreisrat Haag, Hans
Kreisrat Höftmann, André
Kreisrat John, Klaus
Kreisrätin Löschner, Isabell, Dr.
Kreisrätin Meyer, Evelyn
Kreisrätin Rauch, Ursula
Kreisrat Ruf, Fritz
Kreisrat Sartison, Johannes
Kreisrätin Schlager, Anni
Kreisrat Zempel, Hermann

Schriftführer/in

Greger, Yvonne Verwaltungsangestellte

Verwaltung

Egerer, Klaus Dipl. Ing. (FH) M.Eng. Architekt
Hofmeister, Franziska Oberregierungsrätin
Knoll, Benjamin Verwaltungsrat
Kohler, Martin Verwaltungsamtsrat
Ludwig, Toni Auszubildender
Rieß, Lisa Gebäudewirtschaft
Schlaffer, Anna Gebäudewirtschaft

Gäste

Bär, Friedrich Architekturbüro BSS

Benker, Dirk, OStD Schulleiter Wolfgang-Borchert-Gymnasium Langenzenn

Blümel, Sebastian Architekturbüro BSS

Schmidt, Christoph Architekturbüro BSS

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Kreisrat Tiefel, Werner

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 1 | Genehmigung der Niederschrift über die 30. öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 31.03.2025 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage | |
| 2 | Mitteilungen | |
| 2.1 | Gymnasium Stein; Entwicklungskonzept | 100/2025 |
| 3 | Gymnasium Stein - Sporthalle; Generalsanierung Grundsatzbeschluss | 099/2025 |
| 4 | Wolfgang-Borchert-Gymnasium Langenzenn; Generalsanierung Grundsatzbeschluss | 101/2025 |
| 5 | Realschule Zirndorf, Realschule Langenzenn, Wolfgang-Borchert-Gymnasium Langenzenn - Neuerrichtung Raummodule; Deckung kurzfristiger Bedarf | 113/2025 |
| 6 | Wertstoffhof Horbach - Sozialgebäude; Grundsatzbeschluss | 102/2025 |
| 7 | Anfragen | |

Landrat Bernd Obst eröffnet um 08:30 Uhr die 31. Sitzung des Bauausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Bauausschusses fest. Gegen die Tagesordnung bestehen keine Einwendungen.

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung der Niederschrift über die 30. öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 31.03.2025 und Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage
--------------	---

Gegen die Niederschrift über die 30. öffentliche Sitzung des Bauausschusses am 31.03.2025 und die Veröffentlichung der Niederschrift auf der Landkreishomepage bestehen keine Einwendungen.

Einstimmig beschlossen Ja 15 Nein 0

TOP 2	Mitteilungen
TOP 2.1	Gymnasium Stein; Entwicklungskonzept

Klaus Egerer (Gebäudewirtschaft) berichtet, dass vom Architekturbüro Bayer eine Machbarkeitsstudie für das Gesamtkonzept am Standort Gymnasium Stein erstellt wurde. Er stellt drei Varianten des Masterplans vor.

Der Bauausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

TOP 3	Gymnasium Stein - Sporthalle; Generalsanierung Grundsatzbeschluss
--------------	--

Klaus Egerer (Gebäudewirtschaft) berichtet über mögliche Varianten zur Sanierung oder einem perspektivischen Neubau der Sporthalle am Gymnasium Stein. In der Beratung wird insbesondere die Finanzierung durch den Landkreis thematisiert.

Kreisrat Hermann Zempel (SPD) äußert Bedenken hinsichtlich der Kosten.

Auf Nachfrage von **Kreisrätin Evelyn Meyer** (Bündnis 90/Die Grünen) erläutert der **Vorsitzende**, dass bei der Sanierung in einem Bauabschnitt zwei Optionen bestehen: die Anschaffung einer Interimssporthalle oder die Anmietung der Sporthalle am Hans-Reif-Sportzentrum Oberasbach. Da die Steiner Sporthalle voll ausgelastet ist, müssten weitere Kapazitäten geprüft werden.

Kreisrätin Ursula Rauch (CSU) erkundigt sich, ob gebrauchte Interimshallen auf dem Markt erhältlich sind. **Klaus Egerer** berichtet, dass bereits vor den Pfingstferien ein Gespräch mit Schule und Stadt zur Bedarfsklärung stattfand. Ziel ist, die Interimshalle sowohl für den Schulsport als auch für Vereine nutzbar zu machen, wobei ein Handballfeld mindestens erforderlich ist. Aktuell gibt es keine gebrauchte Halle, die den Anforderungen entspricht.

Kreisrätin Dr. Isabell Löschner (B 90/Die Grünen) fragt nach dem Wiederverkaufswert einer gebrauchten Halle und ob ein Neubau wirtschaftlicher sei, insbesondere im Vergleich zum geschätzten Verkaufserlös von 1,5 Mio. €. Der **Vorsitzende** erklärt, dass eine vollständige Prüfung aller Optionen noch aussteht. Bei Sanierung in einem Bauabschnitt soll eine Markterkundung erfolgen und dem Gremium erneut vorgelegt werden. Über allem steht die Empfehlung der Kreisbauverwaltung, das wirtschaftlichste Konzept zu wählen, inklusive möglicher Weiterverwendung oder Verkauf der Interimshalle.

Kreisrat Rainer Gegner (SPD) plädiert dafür, vor einer Investition von 3,5 Mio. € in eine Interimshalle zu prüfen, ob bestehende Sportstätten, etwa in Roßtal, Kapazitäten bieten. **Diese Anregung wird in die Gesamtbetrachtung aufgenommen.**

Auf Nachfrage von **Kreisrätin Elke Eder** (FW) erklärt **Klaus Egerer**, dass die Halle bei einer Generalsanierung auf einen „Neubaustandard“ gebracht werde, mit vergleichbarer Lebensdauer. Allerdings ist die Feuchtproblematik im Untergrund noch ungeklärt, was Unsicherheit hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit schafft. Sollte sich herausstellen, dass die Kosten zu hoch sind, wird das Gremium erneut informiert.

Kreisrätin Ursula Rauch (CSU) regt an, die Nutzung vorhandener kommunaler Sportstätten durch Anmietung zu prüfen. Der **Vorsitzende** bestätigt, dass dies angestrebt wird, aber mit den Schulen abgestimmt werden muss.

Kreiskämmerer Martin Kohler informiert über die finanziellen Rahmenbedingungen. Für die Sanierung in Variante 1 sind 13,96 Mio. € geplant. Die Fördermittel belaufen sich auf ca. 4,2 Mio. €, der Eigenanteil auf rund 9,7 Mio. €.

Kreisrat Rainer Gegner (SPD) erkundigt sich, ob bei der Sanierung eine klassische Sporthalle oder eine industrielle Bauweise geplant ist. **Klaus Egerer** erklärt, dass die Sanierung der bestehenden Halle im Wesentlichen eine Modernisierung des aktuellen Bauwerks sein wird.

Der **Vorsitzende** verliest den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Kreisausschuss beauftragt die Verwaltung die Sanierung der bestehenden Sporthalle nach Variante 1 – Sanierung in einem Bauabschnitt - weiter zu verfolgen und die Gremien regelmäßig zum Fortschritt zu informieren.
2. Der Kreisausschuss beauftragt die Verwaltung die Finanzmittel für die Abdeckung der Gesamtkosten von 10.460.000,00 € brutto zzgl. der Kosten für die Anmietung der Sporthalle in Oberasbach oder den Ankauf einer Interimssporthalle in die kommenden Haushalte auf dem Produkt 21023000.096110 vorzusehen.

Einstimmig beschlossen Ja 15 Nein 0

TOP 4	Wolfgang-Borchert-Gymnasium Langenzenn; Generalsanierung Grundsatzbeschluss
--------------	--

Klaus Egerer (Gebäudewirtschaft) informiert über die Historie und den Standort des Schulgebäudes. Das Gebäude leidet seit Jahren unter Platzmangel, baulichen Mängeln und Einschränkungen bei den Fachräumen. Zudem stellt die energetische Sanierung der Schule eine große Herausforderung dar. Bereits vor einiger Zeit wurde die Planung einer Generalsanierung angestoßen. Heute sollen die grundsätzlichen Weichen für die Umsetzung gestellt werden.

Die Verwaltung hat zu Beginn des Vergabeverfahrens offengelassen, welche Lösung letztlich verfolgt wird. Ziel ist es, die beste Lösung für den Standort zu finden. Die Nutzung der Freisportflächen erfolgt in Abstimmung mit dem TSV-Langenzenn, der bereit ist, den Nutzungsvertrag dauerhaft auszuweiten.

Friedrich Bär, Christoph Schmidt und Sebastian Blümel vom Architekturbüro BSS präsentieren drei Varianten, die gemeinsam mit Schule und Verwaltung entwickelt wurden:

- **Variante 1:** Bestandssanierung, Umbau und Erweiterung
- **Variante 2:** Bestandserweiterung durch Abbruch der 2-Fachturnhalle, Teilersatzneubau des Gymnasiums sowie Neubau der 2-Fachturnhalle
- **Variante 3:** Neubau des Gymnasiums, Erweiterung der Zweifachturnhalle, Sanierung des Altbaus in einem Zug sowie Nutzung des Bestands für alternative Zwecke, z.B. Realschule

An der Beratung nimmt **Dirk Benker**, Schulleiter des Gymnasiums Langenzenn, teil. Er betont die wachsenden Schülerzahlen und die Notwendigkeit einer modernen, sicheren Schullösung. Er begrüßt die frühzeitige Einbindung der Schule in den Planungsprozess und spricht sich für einen Neubau aus, da eine Sanierung mit langen Bauzeiten und Kompromissen unzumutbar wäre. Ziel ist eine pädagogisch zeitgemäße Schule, die Sicherheit und Zukunftsfähigkeit bietet.

Der **Vorsitzende** fasst zusammen, dass moderne Lernlandschaften in einem Neubau besser umsetzbar sind als bei einer Sanierung. Betrachtet man alle Überlegungen zusammen, würde dies auf den Neubau von zwei Gymnasien und einer Realschule hinauslaufen, was finanziell und politisch schwer zu realisieren wäre. Zudem berichtet er über einen Hinweis aus dem Schulausschuss, dass die unterschiedliche Behandlung der Schulformen (Neubau für Gymnasien, Sanierung für Realschule) die Wahrnehmung und Wertschätzung der Schulform Realschule beeinflussen könnte.

Kreiskämmerer Martin Kohler erklärt, dass die Investitionskosten zwar höher ausfallen, aber bereits Mittel in der Finanzplanung vorgesehen sind. Die Finanzverwaltung bevorzugt Variante 3, da sie den geringsten Eigenanteil erfordert und den höchsten Fördersatz bietet. Unabhängig von der Entscheidung sind Auswirkungen auf die Kreisumlage zu erwarten.

Klaus Egerer erläutert, dass Variante 3 nur unter zwei Voraussetzungen umsetzbar ist: Die Stadt müsste das angrenzende Grundstück für einen Kreisverkehr zur Verfügung stellen, das bestehende Gymnasialgebäude müsste saniert und von der Realschule Langenzenn genutzt werden können. Dadurch würde ein gemeinsamer Standort für beide Schulen entstehen - vorausgesetzt, eine zusätzliche Erschließung von Westen ist möglich, um die enge Bestandsstraße zu entlasten. Ein Vorteil dieser Variante ist die Sanierung des leerstehenden Bestandsgebäudes, ohne den laufenden Schulbetrieb zu stören. Daher bewertet die Verwaltung die Variante 3 als die beste Lösung für beide Schulen.

Kreisrätin Evelyn Meyer (B'90/Die Grünen) betont, dass sie eine grundsätzliche Ablehnung der Stadt Langenzenn, das Grundstück zur Verfügung zu stellen, nicht sieht. Die Stadt strebt eine Lösung an, die für alle finanzierbar ist. Im Laufe der Woche sollen konkrete Zahlen zur Erschließung vorliegen. Der **Vorsitzende** informiert, dass das Grundstück verpachtet, jedoch nicht verkauft werden soll. Die Stadt möchte eine vollständige Erschließung und Entwicklung, anstatt nur einen Teilbauabschnitt umzusetzen. Für die Umsetzung von Variante 3 ist der Landkreis auf die Unterstützung Langenzenns angewiesen.

Kreisrat Uwe Emmert (CSU) sieht keine Möglichkeit, das Gymnasium Langenzenn bei steigenden Schülerzahlen in den nächsten acht Jahren im laufenden Betrieb zu sanieren. Die bestehende Infrastruktur würde die Sanierung erheblich erschweren. Er schlägt vor, die Sanierung des Gymnasiums bis zum Abschluss der Arbeiten in Cadolzburg aufzuschieben und die bestehenden Interimslösungen weiterhin zu nutzen. Er betont die Notwendigkeit, eine Lösung zu finden, die das Gesamtbudget im Blick behält und aus der Endlosschleife der Schulplanung herausführt.

Kreisrat Fritz Ruf (FW) stellt die Frage, ob es nicht günstiger wäre, ein großes Gymnasium zu errichten, anstatt zwei separate Neubauten in Cadolzburg und Langenzenn. Zudem weist er

darauf hin, dass der Bau des neuen Gymnasiums in Langenzenn 5 bis 6 Jahre dauert, sodass die Sanierung und der Umbau der neuen Realschule in Langenzenn frühestens in 11 Jahren abgeschlossen sein könnte. Für ihn ist der Zeitplan nicht überzeugend, da der Druck auf die Realschule größer sei als auf die Gymnasien. Er schlägt vor, die Situation erneut zu diskutieren und dabei auch zu prüfen, ob in Zukunft tatsächlich vier Gymnasien benötigt werden.

Der **Vorsitzende** betont, dass es sich bei einem großen Gymnasium um eine Schule mit über 2.000 Schülern handeln würde. **Franziska Hofmeister** (Finanzen, Kreiseinrichtungen, Mobilität und Verkehr) erläutert, dass die empfohlene Maximalgröße für Schulen bei 1.300 Schülern liegt, was bereits an der Grenze für eine Genehmigung durch das Ministerium ist. Das Schulentwicklungsgutachten aus dem Jahr 2019 wird durch die aktuellen Zahlen bestätigt. Ein neues Gutachten wird im nächsten Frühjahr vorliegen, um die Situation zu verifizieren. Sollte eine grundlegende Planungsanpassung notwendig werden, wird die Verwaltung entsprechend reagieren.

Kreisrätin Anni Schlager (CSU) berichtet, dass vor einigen Jahren ein Standort oberhalb des TSV-Geländes als Realschulstandort vorgesehen und von der Stadt Langenzenn für den Verkauf an den Landkreis vorbereitet wurde. Aufgrund wiederholter Einwände verzögerte sich die Umsetzung. Der jetzt vorgeschlagene Standort war bisher nicht bekannt. Nun hat die Stadt Langenzenn beschlossen, diese Fläche an den Landkreis zu verpachten; wobei auch eine langfristige Verpachtung in Betracht gezogen wird. Sie weist darauf hin, dass eine vollständige Erschließung mit Kosten von etwa 3,5 Mio. € verbunden ist, die die Stadt nicht tragen kann.

Kreisrätin Evelyn Meyer (B'90/Die Grünen) schließt sich an. Sie berichtet, dass vom Landkreis und von der Stadt unterschiedliche Signale kommen. Zudem sieht sie es kritisch, wenn für das Gymnasium ein Neubau geplant wird, während die Realschule nur eine Second Best-Lösung erhalten soll. Sie fordert, die Schulproblematik in einem gemeinsamen Ausschuss zu behandeln.

Kreisrat Hermann Zempel (SPD) spricht das pädagogische Konzept an. Er fragt, ob das Gymnasialgebäude bei Umsetzung der Variante 3 so umgebaut werden kann, dass es die Anforderungen der Realschule erfüllt, vergleichbar mit den Möglichkeiten eines Neubaus.

Schulleiter Dirk Benker erläutert, dass die pädagogischen Bedürfnisse beider Schulformen unterschiedlich sind. Er weist darauf hin, dass die Realschule eine deutlich geringere Schülerzahl hat als das Gymnasium. Das ermöglicht, das bestehende Gymnasialgebäude flexibler an pädagogische Bedürfnisse der Realschule anzupassen. Er betont zudem die Vorteile eines Schulzentrums, da die Nähe beider Schulen Synergieeffekte ermöglichen würde.

Kreisrat Hermann Zempel (SPD) spricht sich für die Variante 3 aus, äußert jedoch Bedenken wegen der langen Bauzeit. Die Sanierung und der Umbau der neuen Realschule in Langenzenn könnten frühestens in 10 Jahren abgeschlossen sein.

Klaus Egerer bestätigt, dass man die Realschule besser in das bestehende Gebäude integrieren könnte als das Gymnasium selbst. Er informiert darüber, dass bis zur Fertigstellung der Gymnasialsanierung und dem Umzug der Realschule Schüler gezielt an die Realschule Zirndorf gelenkt werden könnten, wo die Möglichkeit einer Interimslösung besteht. Schulleiter Gerling hat dieser Übergangslösung zugestimmt. Der Schulleiter der Realschule Langenzenn, Herr Vogel, befürwortet die Nutzung des bestehenden Gymnasiums für die Realschule.

Kreisrätin Dr. Isabell Löschner (B'90/Die Grünen) betont, dass eine Generalsanierung des Bestandsgebäudes die Schule auf einen hochwertigen Stand bringt. Zudem könne eine kleinere Schülerzahl in einem größeren Schulgebäude Vorteile bieten. Sie äußert Bedenken gegen einen großen Neubau für beide Gymnasien mit 2.000 Schülern, da dies Eltern abschrecken könnte. Aufgrund der Komplexität der Varianten schlägt sie vor, eine visuelle Aufbereitung mit einer Zeitleiste zu erstellen, um die Auswirkungen auf die Schüler und die Lenkung der Schülerströme zu verdeutlichen und die Planung transparenter zu machen. Sie unterstützt die Einrichtung eines Projektausschusses und tendiert zu Variante 3.

Kreisrätin Elke Eder (FW) bedauert, dass der Schulleiter der Realschule nicht anwesend ist. Sie merkt an, dass die Beschlussvorlage zu viele Konjunktive enthält. Daher schlägt sie vor, die Varianten zunächst in einem Projektausschuss zu beraten. Der **Vorsitzende** lehnt dies ab, da der Kreistag mit den bestehenden Gremien gut aufgestellt ist. Er betont, dass die Verwaltung einen Beschluss braucht, um die Verhandlungen mit der Stadt Langenzenn voranzutreiben. Die Ergebnisse könnten im Schulausschuss vorgestellt werden, zu dem die Schulleiter, Herr Benker und Herr Vogel, und die Mitglieder des Bauausschusses eingeladen werden.

Kreisrätin Anni Schlager (CSU) betont, dass die Erschließung finanziell gesichert sein muss. Vor einer Zustimmung müsse der finanzielle Aspekt mit der Stadt Langenzenn abgestimmt werden. Der **Vorsitzende** erinnert daran, dass sie in ihrer Funktion als Kreisrätin berät. Falls sich die Variante 3 in den Gesprächen als unwirtschaftlich herausstellt, wird sie nicht weiterverfolgt. Die Verwaltung benötigt vor der Sommerpause einen entsprechenden Auftrag.

Kreisrat Uwe Emmert (CSU) fasst zusammen, dass die Mehrheit des Gremiums die Variante 3 bevorzugt. Er unterstützt die Forderung nach einer visuellen Darstellung, die zeitliche Abläufe, Auswirkungen auf die einzelnen Schulen einschließlich der Interimslösungen, Kosten, Nutzung der Sporthallen und Synergieeffekte zeigt.

Der **Vorsitzende** kündigt an, dass das Thema im Sonder-Bauausschuss am 13.08.2025 erneut behandelt wird. Bis dahin führt der Landkreis die Gespräche mit der Stadt Langenzenn fort. Die Ergebnisse sollen im Sonderausschuss präsentiert werden. Zudem wird die Verwaltung beauftragt, eine Visualisierung der Abhängigkeiten, Rahmenbedingungen und Kosten zu erstellen.

Franziska Hofmeister verliest den geänderten Beschlussvorschlag.

Der Bauausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Kreisausschuss beauftragt die Verwaltung die Variante 3 – Ersatzneubau des Gymnasiums und Erweiterung der 2-fach Turnhalle – weiter zu verfolgen, ~~sofern~~ **und** die Grundstücksverhandlungen mit der Stadt Langenzenn ~~erfolgreich verlaufen~~ **dahingehend fortzusetzen**. Im Rahmen der Prüfung **soll die Wirtschaftlichkeit der** ~~und die~~ Schaffung eines Schulzentrums ~~mit dem~~ **aus** Gymnasium und der Realschule Langenzenn **zzgl Halle, im Vergleich zum** ~~wirtschaftlicher ist, als der~~ Neubau der Realschule Langenzenn auf dem Grundstück bei der Feuerwehr Langenzenn **und die Generalsanierung des Gymnasiums Langenzenn, vertieft gegenübergestellt werden. Zudem wird die Verwaltung beauftragt die Variante Neubau des Gymnasiums auf dem Grundstück neben der Feuerwehr in Langenzenn und Generalsanierung des Bestandsgebäudes zur Nutzung durch die Realschule Langenzenn zu prüfen Die Ergebnisse sind im Sonderausschuss am 13.08.2025 vorzustellen.** ~~Sollte aus einem der genannten Gründe die Variante 3 nicht zur Umsetzung kommen, wird die Verwaltung zur Umsetzung der Variante 1 beauftragt. Die Gremien werden zum Fortschritt regelmäßig informiert.~~
2. Sollte sich im weiteren Planungsprozess herausstellen, dass das vorhandene Bauteil „Mensa“ so umgebaut und aufgestockt werden kann, dass die Realschule Langenzenn dauerhaft ausreichend Räumlichkeiten zur Verfügung hat (min. 3 + Lehrküche) könnte gegebenenfalls auf einen Ersatzneubau der Realschule verzichtet werden. Die Verwaltung wird in diesem Fall beauftragt, diesen wesentlichen wirtschaftlicheren Lösungsweg weiter zu verfolgen. In diesem Fall wäre für die Realschule Langenzenn „lediglich“ der Neubau einer Sporthalle erforderlich.
3. ~~Der Kreisausschuss beauftragt die Verwaltung die Finanzmittel für die Abdeckung der Gesamtkosten von 73.878.678,04 € in die kommenden Haushalte auf dem Produkten 21713005.096110 und 21025000.096110 vorzusehen.~~

Der geänderte Beschlussvorschlag kommt zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss folgenden Beschlussvorschlag:

1. Der Kreisausschuss beauftragt die Verwaltung die Variante 3 – Ersatzneubau des Gymnasiums und Erweiterung der 2-fach Turnhalle – weiter zu verfolgen und die Grundstücksverhandlungen mit der Stadt Langenzenn dahingehend fortzusetzen. Im Rahmen der Prüfung soll die Wirtschaftlichkeit der Schaffung eines Schulzentrums aus Gymnasium und Realschule Langenzenn zzgl. Halle, im Vergleich zum Neubau der Realschule Langenzenn auf dem Grundstück bei der Feuerwehr Langenzenn und die Generalsanierung des Gymnasiums Langenzenn, vertieft gegenübergestellt werden. Zudem wird die Verwaltung beauftragt die Variante Neubau des Gymnasiums auf dem Grundstück neben der Feuerwehr in Langenzenn und Generalsanierung des Bestandsgebäudes zur Nutzung durch die Realschule Langenzenn zu prüfen. Die Ergebnisse sind im Sonderausschuss am 13.08.2025 vorzustellen.
2. Sollte sich im weiteren Planungsprozess herausstellen, dass das vorhandene Bauteil „Mensa“ so umgebaut und aufgestockt werden kann, dass die Realschule Langenzenn dauerhaft ausreichend Räumlichkeiten zur Verfügung hat (min. 3 + Lehrküche) könnte gegebenenfalls auf einen Ersatzneubau der Realschule verzichtet werden. Die Verwaltung wird in diesem Fall beauftragt, diesen wesentlichen wirtschaftlicheren Lösungsweg weiter zu verfolgen. In diesem Fall wäre für die Realschule Langenzenn „lediglich“ der Neubau einer Sporthalle erforderlich.

Mehrheitlich beschlossen Ja 14 Nein 1

Sitzungsunterbrechung von 10:27 bis 10:32 Uhr

TOP 5	Realschule Zirndorf, Realschule Langenzenn, Wolfgang-Borchert-Gymnasium Langenzenn - Neuerrichtung Raummodule; Deckung kurzfristiger Bedarf
--------------	--

Klaus Egerer (Gebäudewirtschaft) stellt die Vorlage vor. Auf die Frage, warum die Interimscontainer angemietet und nicht gekauft werden, erklärt er, dass eine wirtschaftliche Prüfung durchgeführt wurde. Aufgrund dieser Überlegungen werden die Container für zunächst zwei Jahre angemietet, mit der Option auf eine einjährige Verlängerung.

Der **Vorsitzende** verliest den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss folgenden Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss beauftragt die Verwaltung, die in der Vorlage dargestellten kurzfristigen Raumbedarfe am Gymnasium Langenzenn und an der Realschule Zirndorf inkl. Realschule Langenzenn mittels Anmietung von Interimscontainern für die Zeit von zwei Jahren mit der Option um ein Jahr Verlängerung zu decken.

Einstimmig beschlossen Ja 15 Nein 0

TOP 6 Wertstoffhof Horbach - Sozialgebäude; Grundsatzbeschluss

Der **Vorsitzende** stellt die Vorlage vor. **Klaus Egerer** (Gebäudewirtschaft) erläutert, dass die derzeit angemieteten Container nicht den Anforderungen des Gebäudeenergiegesetzes entsprechen und daher nicht weiter genutzt werden können. Sie wurden nur als kurzfristige Lösung angemietet und sind ausschließlich dafür vorgesehen.

Der **Vorsitzende** verliest den Beschlussvorschlag.

Beschluss:

1. Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung, die Variante 2 – Erstellung eines Ersatzneubaus in Form von Raummodulen – weiter zu verfolgen und die Gremien regelmäßig zu informieren.
2. Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung, die Finanzmittel für die Abdeckung der Gesamtkosten von 212.527,00 € in die kommenden Haushalte auf dem Produkt 53711912.096111 vorzusehen.

Einstimmig beschlossen Ja 15 Nein 0

TOP 7 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Landrat Bernd Obst schließt um 10:37 Uhr die 31. öffentliche Sitzung des Bauausschusses.

Zirndorf, den 28.07.2025

Bernd Obst
Landrat

Yvonne Greger
Schriftführer/in